Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/294
08.11.2006

Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

21. Sitzung (öffentlich)

8. November 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:10 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2007)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/2302 und 14/2850 (Ergänzung)

Vorlage 14/614
Ausschussprotokoll 14/252

– Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss – gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Diskussion 1
- Ergebnis 2, 3

2 Überprüfungsverfahren der EU zum Neubau der Koelnmesse-Hallen

Vorlage 14/750

- Diskussion 3
- Ergebnis 6

3 Umsteuern beim „Solidarpakt Ost“ – Belastungen der NRW-Kommunen angemessen berücksichtigen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2484

In Verbindung damit:

Benachteiligung von NRW-Kommunen abbauen – mehr Verteilungsgerechtigkeit beim Solidarpakt Ost

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2542

Sowie:

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2747

- Diskussion 7
- Ergebnis 7

Nächste Sitzung: 29. November 2006 7

* * *

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2007)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/2302 und 14/2850 (Ergänzung)

Vorlage 14/614
Ausschussprotokoll 14/252

– Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss – gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Hinweis: Änderungsanträge siehe Vorlage 14/823)

Zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

merkt **Horst Becker (GRÜNE)** an, an verschiedenen Stellen sei schon über die wirkliche Finanzausstattung der kommunalen Familie diskutiert worden. Mit Verwunderung und gewissem Amüsement nehme er zur Kenntnis, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen die Schlechterstellung von Kommunen so darstellten, dass die Kommunen insgesamt mehr Geld hätten.

Richtig sei vielmehr, dass von den den Kommunen zustehenden Anteilen aus dem Verbundsatz wesentliche Teile herausgenommen worden sei. Er nenne als Stichworte Kindergarten, Weiterbildung, Schülerbeförderung usw. Diese Themen würden insbesondere in den Beratungen der anderen Fachausschüssen kritisiert.

Ein großer Teil im GFG, der für das nächste Jahr den Kommunen weggenommen werden solle, sei der Anteil an der Grunderwerbssteuer und den sich dahinter verbergenden 165 Millionen €. Diesbezüglich verweise er auf Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände. Da mach es sich die Landesregierung deutlich zu einfach.

Wer immer wieder auf die Gesamtverschuldung verweise und diese als Totschlagargument für jede Sparmaßnahme benutze, dem müsse zumindest vorgehalten werden, dass mit der geplanten Transaktion von 165 Millionen € in den Landeshaushalt zulasten der Kommunen, keineswegs die Verminderung der Neuverschuldung erreicht werde. Vielmehr bedeute die Verminderung der Neuverschuldung auf der Landesebene die Erhöhung der Verschuldung auf der kommunalen Ebene; denn damit würden die Kommunen der der ihnen zustehenden 165 Millionen € beraubt. Um diesem Raubzug durch die kommunalen Kassen entgegenzutreten, habe man den vorliegenden Antrag gestellt.

Zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD

weist **Hans-Willi Körfges (SPD)** auf zwei Besonderheiten des mit dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen inhaltsgleichen Antrag hin. Bei dem allgemeinen Hinweis auf die erfreuliche Einnahmesituation auch für die Kommunen sei vonseiten der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen wieder gesagt worden, dass man auch den Kommunen einen Konsolidierungsbeitrag zumuten könne. Der sei aber überproportional, weil die Kommunen auf der einen Seite zusätzlich belastet würden und auf der anderen Seite zu einer Entlastung des Landes beitrügen.

Wenn das jetzt nur bezogen auf ein Haushaltsjahr eine Beteiligung der Kommunen an der allgemeinen Konsolidierung wäre, müsste man doch noch anders darüber diskutieren, als wenn es um die strukturelle dauerhafte Belastung der Kommunen gehe, die hier angelegt sei nach dem Motto: Wenn man einmal aus der Systematik ausbrächen, die Kommunen an der Grunderwerbsteuer zu beteiligen, dann sei es für die kommenden Jahre, die durchaus hinsichtlich der allgemeinen Steuereinnahmen auch viel schlechter sein könnten, ein dauerhafter, immer wieder eintretender Verlust auf kommunaler Seite. In dem Ziel, die Nettoneuverschuldung auf Landesebene zu senken, sei man nicht auseinander. Er hätte sich allerdings kreativere Möglichkeiten zur Entschuldung des Landes vorstellen können. In dem Zusammenhang nenne er die Polizeipferde und die Landwirtschaftskammer.

Dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen werde seine Fraktion nicht zustimmen werde, weil darin keine Deckung genannt sei. Solange seine Fraktion nicht wisse, woher die Deckung zu Vorschlägen anderer komme, so lange wolle sie da nicht mitmachen. Er befürchte, dass es sich um einen allgemeinen Deckungsvorschlag bezogen auf das Stichwort Kohle handeln könnte. Deswegen werde sich seine Fraktion, auch wenn man den GRÜNEN-Antrag inhaltlich hundertprozentig unterstütze, der Stimme enthalten.

> Der **Ausschuss lehnt** sodann den **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD **ab.**
>
> Der **Änderungsantrag der Fraktion der SPD** wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD und bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls **abgelehnt.**

Horst Becker (GRÜNE) merkt nach der Antragsberatung an, im AGS sei berichtet worden, dass seit mehreren Tagen eine gemeinsame Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände bezüglich der Kommunalisierung der Aidshilfe dem Innenministerium und dem Finanzministerium vorliegen solle, in der darum gebeten werde, zumindest zunächst davon Abstand zu nehmen. Er würde gerne wissen, sofern es eine solche Stellungnahme gebe, warum sie dem Ausschuss nicht vorliege und welchen Inhalt sie habe.

Dr. Ingo Wolf (FDP) antwortet, eine solche Stellungnahme liege seinem Hause nicht vor. Man sei bereit, die Frage soweit möglich schriftlich und zeitnah zu beantworten.

Sodann nimmt der **Ausschuss** den Entwurf des GFG 2007 Drucksache 14/2302 in Verbindung mit der Ergänzungsvorlage 14/2850 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ohne Änderungen an.

Als **Berichterstatter** wird Hans-Willi Körfges (SPD) benannt.

2 Überprüfungsverfahren der EU zum Neubau der Koelnmesse-Hallen

Vorlage 14/750

Edgar Moron (SPD) schickt voraus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um eine Einschätzung zu dem Wirtschaftlichkeitsgutachten der Stadt Köln gebeten habe.

Horst Becker (GRÜNE) erinnert daran, dass seinerzeit über die Frage diskutiert worden sei, ob die Kommunalaufsicht die Frage der Wirtschaftlichkeit prüfen könne oder nicht. Vorübergehend sei behauptet worden, dass das daran scheitere, dass Unterlagen bei der Staatsanwaltschaft seien und diese Unterlagen für die Kommunalaufsicht nicht einsehbar gewesen seien. Später habe sich dann herausgestellt, dass die Unterlagen miteinander abgeglichen worden seien und sehr wohl jeweils komplett gewesen seien. In der Folge habe die Bezirksregierung ein Wirtschaftlichkeitsgutachten in Auftrag gegeben, mit dem die Frage der Wirtschaftlichkeit der Vergabe noch einmal untersucht werden solle.

Interessant daran sei, dass die Bezirksregierung als Kommunalaufsicht ihrerseits die Stadt Köln mit dem Gutachten beauftragt habe. Die Stadt Köln habe dann einen entsprechenden Gutachter beauftragt. Gegenstand des Gutachtens sei offensichtlich nur eine Art posthumer Vergleich der seinerzeitigen Vergabe mit einer Eigenabwicklung gewesen. Nicht untersucht worden sei wohl die Fragestellung, ob vorliegende Angebote dritter möglicherweise wirtschaftlicher gewesen seien.

Nun werde seit mindestens anderthalb Wochen angekündigt, dass die Bezirksregierung zu diesem Gutachten öffentlich Stellung nehmen werde. Teilweise sei geäußert worden, dass sie das deswegen noch nicht getan habe, weil man vorher unterrichtet werden wolle.

Er hätte nun gerne gewusst, was denn Inhalt dieses Gutachtens sei.

Hans-Willi Körfges (SPD) merkt an, seine Fraktion habe auf der letzten Tagesordnung einen Bericht zu den EU-Vorgängen vermisst, der nun den Unterlagen zu dieser Tagesordnung beigefügt gewesen sei. Was er allerdings daraus entnehmen könne, sei weder neu noch besonders aufklärend. Er habe den Eindruck, dass die